

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft

Band III/006

Die alliierte Besatzungspolitik in Mittel- und Westdeutschland, Teil 4

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

Die Wahrheit hat noch keinem geschadet - außer dem, der sie ausspricht. <i>Spottvers der 68er Bewegung</i>

"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren.

Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße sammelten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Juni- und Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Be-

ginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>... Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dort hin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint. ...

Ehe noch die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

... Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt (Danzig) durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. ...

Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massive Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt. Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben.

... Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging. ...

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesien betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren. ...

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. Neiße. Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden.

In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure

Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos. Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten. Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde. ...

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, das schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. ...

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen. ...<<

Bevölkerungsstand vor Austreibung der deutschen Bevölkerung im Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

	Erfolgreiche Flucht in den Westen 1944/45		In sowjetische Gewalt geraten		Rückkehrer in die Heimat		Bevölkerungsstand vor der Austreibung im Juni 1945	
	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%
Ostpreußen 1)	1.819.000	70	474.000	19	296.000	11	770.000	30
Ostpommern	861.000	46	850.000	46	150.000	8	1.000.000	54
Ostbrandenburg	310.000	47	300.000	45	50.000	8	350.000	53
Schlesien	<u>2.218.000</u>	47	<u>1.500.000</u>	32	<u>1.000.000</u>	21	<u>2.500.000</u>	53
Deutsche Ostprovinzen	<u>5.208.000</u>	53	<u>3.124.000</u>	32	<u>1.496.000</u>	15	<u>4.620.000</u>	47
Memelland	<u>34.000</u>	.	<u>30.000</u>	22	<u> </u>	.	<u>30.000</u>	22
Danzig	204.000	50	200.000	50	.	.	200.000	50
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	186.000	50	140.000	38	46.000	12	186.000	50
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	<u>616.000</u>	50	<u>460.000</u>	37	<u>154.000</u>	13	<u>614.000</u>	50
Polnische Gebiete	<u>1.006.000</u>	50	<u>800.000</u>	40	<u>200.000</u>	10	<u>1.000.000</u>	50
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei 2)	<u>111.000</u>	3	<u>3.489.000</u>	97	<u> </u>	.	<u>3.489.000</u>	97
	6.359.000	41	7.443.000	48	1.696.000	11	9.139.000	59
Estland, Lettland und Litauen	.	.	23.000	-	-	-	23.000	-
Jugoslawien	160.000	44	200.000	56	.	.	200.000	56
Rumänien	100.000	20	404.000	80	.	.	404.000	80
Ungarn	<u>39.000</u>	7	<u>483.000</u>	89	<u>21.000</u>	4	<u>504.000</u>	93
Baltikum und Balkan	<u>299.000</u>	21	<u>1.110.000</u>	78	<u>21.000</u>	1	<u>1.131.000</u>	79
Ost-Mitteleuropa	6.658.000	39	8.553.000	51	1.717.000	10	10.270.000	61
Sowjetunion	<u> </u>	.	<u>1.187.000</u>	-	<u> </u>	-	<u>1.187.000</u>	-
Insgesamt	<u>6.658.000</u>	.	<u>9.740.000</u>	.	<u>1.717.000</u>	.	<u>11.457.000</u>	.

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschließlich der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 deutsche Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

Der schweizerische Journalist Robert Jungk (1913-1994) berichtete am 15. November 1945 in der "Züricher Weltwoche" unter der Überschrift "Aus einem Totenland" über die katastrophalen Verhältnisse östlich der Oder und Neiße (x024/133-139): >>>... Es gibt heute in Europa nicht nur einen Eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite Eiserner Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen.

Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neißelinie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, daß dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte

und russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland.

Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt.

Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute aber ist es so, daß die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden.

Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtlingen die letzte Habe rauben.

All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sich leicht und tue es als "Greuelpropaganda" ab. Zu oft schon hat man in den Jahren dem unvorstellbaren Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mußten, sie als "Lügen" oder "Propaganda" abgetan.

Es ist wahr, daß in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden.

Es ist wahr, daß auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, daß die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen.

Es ist wahr, daß in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mußten oder erschlagen wurden.

Es ist wahr, daß in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als "Behandlung" einfach einen Kopfschuß erhalten.

Und es ist wahr, daß eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht.

Es ist wahr, daß in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschlowitz Insassen nächtelang bis zum Hals in eiskaltem Wasser stehen müssen und daß man sie bis zur Bewußtlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Mißhandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der "großen Drei", das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern!

Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlaßt, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich.

Anders in Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum "freiwilligen" Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen.

Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15.000 deutschen Einwohner nur 7.000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8.000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf

dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder - die "freiwillige" Wanderung nach dem Westen.

Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu behelfen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der "schwarze Markt" offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädigungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat.

Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen.

Daß die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wunder nehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten, geben ganz offen zu, daß sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch die Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muß stündlich und täglich Gewalttaten auf Gut und Leben erwarten, ohne daß ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre.

Daß bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mußten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, daß Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähnten, gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde.

Zu allem kommen noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit den in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort: Typhus!

Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein "Waldbrand", dem sich keine Feuerwehrleute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: "In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder".

Der Sekretär der "Caritas" in Str. berichtet, daß auch seine Medikamente zur Neige gehen. "Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert."

Die "Lösung" in vielen Fällen ist nun, daß man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert. Ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.

"Da muß doch etwas getan werden ..." Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teil Deutschlands sich zu einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht.

Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt

wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre "Zone" im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.

Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Mißhandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, daß nicht alles korrekt zugegangen sei!

Wenn etwas für das "Totenland" jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, daß die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen.

Denn die Russen können es sich nicht leisten, daß ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, daß der größere Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei.

Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, "machine arrière" ("einen Rückzieher") zu machen, ist eine andere Frage. "Weiße" und "rote" Polen, die sonst heftig gegeneinander intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, daß die neu besetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreußen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über die Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.

Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im "Totenland" beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als "nur" um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, daß ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenützt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Greueln des Nazismus verschlossen hätten.

Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen. Auch wir alle werden "mitschuldig" sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.<<

Die "Umsiedlung" nach der Potsdamer Konferenz

Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/-737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106): Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Ver-

triebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Vertreibung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern für Reichs- und Volksdeutsche wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen deutschen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Dokumentation
der Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa I

Die Vertreibung der
deutschen Bevölkerung
aus den Gebieten
östlich der Oder-Neiße
Band 3



dtv reprint

Abb. 73 (x003/Titelblatt): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ...

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt

wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorgegangen und hatten teils bewußt auf sie hingezielt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederrichtung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereithalten konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte. ...

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen

Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmiliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikar-

tige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung ver-

bundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<



Bundesarchiv, Bild 146-1976-072-08
Foto: o. Ang. | 1944/1945 ca.

Abb. III (x028/112.5): Allmählich werden die Vertreibungen "geregelter" (Bundesarchiv).

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg schrieb später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945, sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:

Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Tatsächlich ... handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur um die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei wie im Falle der Tschechoslowakei historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie im Falle Polens in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."

Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ, findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne". ...

Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten - wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind - ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.

Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. ... Die nächstgrößeren Gruppen dürften

die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen - sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben - noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.

Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.

Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.

In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.

Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<

>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.

In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. ...

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.

Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/33,36-37, x309/88):

>>Die westlichen Alliierten waren auf die Ausweisung von 2 bis 4 Millionen Reichsdeutschen vorbereitet, niemals aber auf die Vertreibung von über 9 Millionen aus Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und ganz Schlesien. Der entscheidende Fehler lag also darin, daß das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung zu weit ausgedehnt wurde. Damit war nicht mehr die Rede von der notwendigen Umsiedlung deutscher Minderheiten dorthin, woher sie gekommen waren, wie es bei den Befürwortern der Umsiedlung oft hieß.

Die Deutschen in Ostpreußen stellten in keiner Beziehung eine Minderheit dar, und ihre Vor-

fahren lebten schon Jahrhunderte in Ostpreußen, ehe die Engländer Nordamerika kolonisierten. Der Vorschlag, die Ostpreußen sollten an den Rhein zurückgeschickt werden, hätte eigentlich für Roosevelt und Eden so unsinnig klingen müssen wie der absurde Vorschlag, die Amerikaner wieder nach Großbritannien oder die Briten nach Dänemark und Niedersachsen zurückzuschicken. ...<<

>>... Der deutsche "Drang nach Osten", der jahrhundertlang von Deutschlands östlichen Nachbarn teils gefördert, teils bekämpft wurde, wich dem wiederauflebenden alten slawischen "Drang nach Westen", der jetzt von der siegreichen Roten Armee unterstützt und manchmal von den westlichen Mächten gutgeheißen wurde.

Natürlich stand für die Vereinigten Staaten und Großbritannien kein historisches Interesse auf dem Spiel, als sie den Stoß der Slawen nach Westen förderten. Es war nur die unbeschreibliche Unmenschlichkeit von Hitlers Regime, die Roosevelt und Churchill moralisch stumpf machte gegen das, was Millionen Deutschen im Osten zustoßen sollte. Der Geruch von Bergen-Belsen und Buchenwald lag in der Luft, und viele westliche Politiker waren von dem Gefühl beherrscht, die Deutschen hätten bei weitem noch nicht genug gelitten, obwohl Deutschland in Trümmern lag und 4,3 Millionen deutsche Soldaten gefallen waren - die USA hatten 229.000 Mann Verluste: Die Deutschen konnten das unendliche Leiden, das durch eine unglückselige Politik verursacht wurde, nicht wiedergutmachen. ...<<

>>... Der Zweite Weltkrieg gab den Anlaß und die Möglichkeit der Vertreibung, war aber nicht ihre Ursache. Wesentliche Ursachen dieses weltweit beispiellosen Geschehens waren vielmehr bewußte, vielfach von langer Hand herbeigeführte politische Entscheidungen.

Dies belegen Dokumente und offene Bekenntnisse der verantwortlichen tschechischen, polnischen und sowjetischen Politiker. Zu den weiteren Ursachen gehören die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen. Entsprechende Bestrebungen tschechischer und polnischer Politiker reichen nachweislich viele Jahrzehnte vor den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die Machtergreifung Hitlers zurück.

Somit darf die Vertreibung nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die Beschlüsse des Vertrages von Versailles ... von 1919 müssen als Ursachen mitberücksichtigt werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil erläuterte später einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x025/184, x160/8):

>>1945 war dann das Jahr der Ernte, die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der anglo-amerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften "höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in fashionablen westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen.

Und es bestätigte sich wieder einmal die Erfahrung, daß Propaganda weniger von der Kraft ihrer Argumente als von der Unwissenheit ihrer Adressaten lebt. ...<<

>>... Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen.

Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es ent-

sprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."

Im Zuge einer verstärkten Rückbesinnung auf die Menschenrechte hat man in den Vereinigten Staaten, in Australien und in Neuseeland neuerdings damit begonnen, die Geschichtsbücher von zweifelhaften Pionierlegenden zu befreien und den fürchterlich dezimierten Indianern, Aborigines und Maoris moralische Rehabilitierung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen - obwohl kein Weißer daran denkt, wieder in die alte Welt nach Europa zurückzukehren.

Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben? ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/13-14):

>>Die Solidarität, das Mitgefühl mit den Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden. ... Aber die vielen Opfer dieser grausamen Zeit von Flucht und Vertreibung dürfen nicht vergessen werden - ebenso wie alle anderen Opfer des Krieges.

Wenn ihr Tod, ihr Leiden einen Sinn erhalten und behalten soll, dann muß die Erinnerung daran Ansporn zu Verständigung und Versöhnung, zur Bewahrung und zum Bau eines wirklichen Friedens sein. Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Narben und Wunden aufreißen. Aber die wirkliche Geschichte, die Wahrheit muß genannt werden. ...

Gerade heute, da nunmehr im Osten und bei uns neue Generationen herangewachsen sind, die vieles, was die Älteren erleben mußten, gar nicht mehr wissen und begreifen können, ist eine saubere, faire Aufarbeitung dieser zeitgeschichtlichen Abläufe auch zur Beurteilung politischer Vorgänge der Gegenwart erforderlich. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die anglo-amerikanische Einstellung zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-198):

>>Obwohl das in Amerika und Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt. Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und britische Regierung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat. Gewiß sind die Westmächte nicht in dem Maße verantwortlich wie die vertreibenden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.

... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre - also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung - sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung - ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...

Man sollte hier vor der verwerflichen Tendenz warnen, die Vertreibung nachträglich als logische Folge der Hitler-Verbrechen hinzustellen - oder gar zu legitimieren. Im Hinblick auf Individualität des Leidens darf man die Opfer der Vertriebenen weder bagatellisieren, noch gegen die NS-Verbrechen aufrechnen oder der Vergessenheit preisgeben. Heute neigt man in Großbritannien und in Amerika dazu, die Vertreibung der Deutschen nur vor dem Hintergrund von Auschwitz zu sehen. Diese Sicht ist historisch falsch, denn es gab keinen ursächlichen Zusammenhang.

Die Vertreibung war schon deshalb keine "Antwort" auf die während des Krieges noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß bekannt gewordenen NS-Greuel, weil sie einem von den polni-

schen und den tschechischen Exilregierungen schon lange vorher ins Auge gefaßtem Ziel entsprach, das sie im Laufe des Krieges durchsetzen wollten. Diese heute von vielen Anglo-Amerikanern gebräuchliche Betrachtungsweise ist auch moralisch höchst fragwürdig, denn sie akzeptiert stillschweigend die Auffassung, man dürfe die an Schuldlosen begangenen Verbrechen durch Verbrechen an wiederum Unschuldigen vergelten.

Die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers belastet, und Auschwitz wird auch in Zukunft seinen Schatten über ihre Geschichte werfen. Man sollte freilich auch wissen, daß es weder im Zweiten Weltkrieg noch in der gesamten Weltgeschichte ein Leidensmonopol gab oder gibt. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken. Es würde gegen das wissenschaftliche Ethos verstoßen, ließe man die Vertreibung der Deutschen "unaufgearbeitet". Die Verharmlosung dieser Ereignisse bedeutete Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber. ...

Jedenfalls müssen wir alle begreifen, daß die Vertreibung nicht nur ein historisches, sondern vornehmlich ein menschenrechtliches Problem darstellt. Menschenrechte sind aber unteilbar. Damit ist eine unterschiedliche Beurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe unzulässig. Auch der Gedanke der Kollektivschuld ist ein für allemal zu verwerfen, sei es einer deutschen Kollektivschuld für NS-Greuel, sei es einer osteuropäischen oder anglo-amerikanischen für die Vertreibung. Victor Gollancz hat diesen Gedanken bereits in seiner Londoner Rede, 1947, als "unsinnigen, unliberalen, antichristlichen, beklagenswert nazistischen Gedanken" verurteilt. ...

Für die Deutschen und für Deutschland stellt die Vertreibung ohne Zweifel die gravierendste Kriegsfolge dar. Für die Anglo-Amerikaner hingegen aber auch für die Osteuropäer bleibt sie eine moralische Hypothek. Der Londoner Economist schrieb bereits 1945, ... daß nämlich die Alliierten den Krieg gegen Hitler mit einem Frieden in Hitlers Stil beendet hätten. Es geht also nicht an, die Ungeheuerlichkeit der Vertreibung zu bestreiten; auch in Zukunft wird man sie nicht leugnen können. In diesem Sinne soll die Erinnerung wachgehalten werden. Dies darf aber nicht nur die Aufgabe der Historiker sein.

Diese Aufforderung geht an uns alle. ...<<

Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/231-232,239,241): >>... Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden. Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf. Sie müssen verjagt werden, manchmal auf die brutalste Weise. Während aber im Krieg im allgemeinen bewaffnete Männer ihren Willen, ihre Maschinen und ihre Zahl aneinander messen, stehen sich bei der ethnischen Säuberung meist ein bewaffneter Täter und ein unbewaffnetes Opfer gegenüber, fast immer ein bewaffneter Mann und eine unbewaffnete Frau, ein Kind oder ein alter Mensch. Die Gewalt geschieht aus der Nähe und sie ist heimtückisch. ...<<

>>... Ethnische Säuberung umfaßt nicht nur die Deportation ganzer Völker, sondern auch die Auslöschung der Erinnerung an ihre Anwesenheit. Die physischen Überbleibsel der Nation werden als erste zerstört. ...<<

>>... An ethnischen Säuberungen ist nichts "Sauberes". Sie sind von Gewalt und Brutalität in ihrer extremsten Form durchsetzt. Ethnische Säuberung ist aber mit Verbrechen gegen das Eigentum, also Raub und Diebstahl, ebenso verbunden wie mit denen gegen Menschen, sowohl durch den Staat als auch durch Einzelpersonen.

Obwohl die Motive für die Vertreibungen primär politisch und ideologisch, nicht ökonomisch waren, herrschte in allen Fällen die Idee vor, die Opfer - Griechen und Armenier, Juden, Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, Deutsche, Bosnier und Kosovo-Albaner - seien reich und überdies durch die Ausbeutung ihrer dominierenden Nachbarn reich geworden. Aus diesem Grund verdienten sie es, enteignet und beraubt zu werden. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der

Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.

Die Vertriebenen sind im Übrigen rassistisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen.

Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Bundeskanzler Adenauer berichtete während der Regierungserklärung am 20. September 1949 über das Schicksal der zurückgehaltenen Ost- und Volksdeutschen (x973/...): >>... Die Arbeit der Bundesregierung wird weiter den etwa 200.000 Deutschen gelten müssen, die sich in dem ehemaligen Ostpreußen und Schlesien sowie in der Tschechoslowakei befinden, die als Facharbeiter oder als politisch mehr oder minder Belastete zurückgehalten werden.

Darunter befinden sich viele Frauen, die in der ersten Schockwirkung der Niederlage und in der Hoffnung auf Rückkehr ihrer noch in Gefangenschaft befindlichen Männer für Polen optiert haben, deren Männer aber in der Zwischenzeit nach Westdeutschland entlassen worden sind. Das Internationale Rote Kreuz hat es übernommen, mit den Westalliierten einerseits und mit Warschau und Prag andererseits über die Umsiedlung dieser bedeutenden Restbevölkerung zu verhandeln. Die Verhandlungen sind später überraschend - soviel den deutschen Stellen bekanntgeworden ist, durch die britische Militärregierung - abgebrochen worden mit der damals gegebenen Begründung, man müsse erst die Bundesregierung abwarten. ...<<

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete später über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x353/80): >>... Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.<<